

## **N i e d e r s c h r i f t**

über die 14. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses  
am 20.03.2006 im Großen Sitzungssaal des Neuen Rathauses

Unter Vorsitz von Bürgermeister Heinrich Stommel nehmen folgende Ausschussmitglieder an der Sitzung teil:

Anhalt, Wolfgang,	Ratsmitglied
Capellmann, Peter,	Ratsmitglied
Doose, Friederike,	Ratsmitglied
Eschweiler, Markus,	Ratsmitglied 13:00 - 17:15 Uhr
Esser-Faber, Margarete,	Ratsmitglied
Frey, Heinz,	Ratsmitglied 13:00 - 17:30 Uhr
Friedrich, Egbert,	Ratsmitglied
Garding, Harald,	Ratsmitglied
Gruben, Martina,	Ratsmitglied 13:00 - 15:30 Uhr
Gunia, Wolfgang,	Ratsmitglied
Gussen, Erich,	Ratsmitglied
Hintzen, Ulrich,	Ratsmitglied
Hoven, Matthias,	Ratsmitglied
Kieven, Ansgar,	Ratsmitglied Abwesend
Lambertin, Servatius,	Ratsmitglied
Laufs, Jürgen,	Ratsmitglied Abwesend
Müller, Heinz,	Ratsmitglied
Neuenhoff, Claus Hinrich,	Ratsmitglied
Dr. Schumacher, Helmut,	Ratsmitglied Abwesend
Trzolek, Detlef,	Ratsmitglied 17:30 - 18:00 Uhr
Bleser, Harald,	Ratsmitglied, Vertreter für Martina Gruben 15:30 - 18:00 Uhr
Köhne, Franz-Josef,	Ratsmitglied, Vertreter für Ansgar Kieven
Plum, Wilhelm,	Ratsmitglied, Vertreter für Detlef Trzolek bis 17:30 Uhr und ab 17:30 Uhr für Heinz Frey
Sauer, Karl,	Ratsmitglied, Vertreter für Dr. Helmut Schumacher
Wagner, Almut,	Ratsmitglied, Vertreterin für Jürgen Laufs

Von der Verwaltung nehmen an der Sitzung teil:

Schulz, Martin	Beigeordneter
Prömpers, Andreas	Kämmerer
Kohnen, Karl-Josef	Amtsleiter Kämmerei und Steueramt
Marx, Gert	Amtsleiter Schulverwaltungs- und Sportamt, zu TOP 3
Muckel, Frank	Schriftführer

Bürgermeister Stommel eröffnet gegen 13:00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung fristgerecht zugegangen und der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist.

Änderungen der Tagesordnung ergeben sich nicht.

Die Tagesordnung stellt sich wie folgt dar:

**Tagesordnung:**

- A. Öffentlicher Teil
1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
  2. Anfragen
  3. Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 einschließlich des Haushaltssicherungskonzepts
- u.a.
- Anregung/Beschwerde Nr. 1/2006 der Firma Blumen Schayen-Janssen vom 04.01.2006 betr. Aufhebung des gebührenfreien Dauerparkens an Samstagen
  - Sportplatz Koslar
  - Verwaltungstrakt Realschule

B. Nichtöffentlicher Teil

**A. Öffentlicher Teil**

1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse  
Bürgermeister Stommel erklärt, dass Mitteilungen für den öffentlichen Teil der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses nicht vorliegen.
2. Anfragen  
Bürgermeister Stommel erklärt, dass Anfragen für den öffentlichen Teil der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses nicht vorliegen.
3. Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 einschließlich des Haushaltssicherungskonzepts
  - 3.1. Verwaltungstrakt Realschule  
(Vorlagen-Nr.: 97/2006)  
Im Haupt- und Finanzausschuss herrscht Einvernehmen darüber, die Angelegenheit wegen der noch zu ermittelnden Kosten bis zur Sitzung des Ausschusses am 30.03.2006 zurückzustellen.
  - 3.2. Sportplatz Koslar  
(Vorlagen-Nr.: 99/2006)  
Im Rahmen der Diskussion wird seitens der SPD-Stadtratsfraktion angeregt, ein gesamtstädtisches Konzept zu den Sportplätzen zu erarbeiten und hier zu untersuchen, ob ein Ganzjahresplatz in Koslar sinnvoll ist oder ob dieser besser im Karl-Knipprath-Stadion realisiert werden sollte.  
Beschlussentwurf:  
Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 1 Enthaltung
    1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Verlegung des Sportplatzes in Koslar an den Standort „Steffensrott“ in die Wege zu leiten und die hierfür erforderlichen Kosten zu ermitteln.
    2. Am Standort Steffensrott sollen ein Kunstrasenplatz sowie ein kleiner Bolzplatz entstehen.

3. Der SV Viktoria Koslar baut an diesem Standort ein neues Umkleidegebäude und erhält für zwei Umkleidetrakte sowie für weitere nach dem Raumprogramm für Sportlerheime erforderliche Räume einen Materialkostenzuschuss in Höhe von 50 % der nachzuweisenden Materialkosten. Die Kosten für einen weiteren Umkleideraum und Duschaum trägt die Stadt.
4. Die erforderlichen Haushaltsmittel werden im Haushalt 2006 zur Verfügung gestellt

3.3. Anregung/Beschwerde Nr. 1/2006 der Firma Blumen Schayen-Janssen vom 04.01.2006 betr. Aufhebung des gebührenfreien Dauerparkens an Samstagen  
(Vorlagen-Nr.: 65/2006)

Stadtverordneter Gunia führt aus, dass in der Angelegenheit derzeit keine Dringlichkeit gesehen werde und schlägt vor, eine Beschlussfassung zunächst zurückzustellen.

Mit dieser Vorgehensweise erklärt sich der Haupt- und Finanzausschuss einvernehmlich einverstanden.

3.4 Verwaltungshaushalt

HHSt. 1.0000.63001 - „60-Jahre NRW“ - (Seite 6)

Stadtverordneter Anhalt bittet um Auskunft, was mit den vorgesehenen Mitteln in Höhe von 5.000,00 € vorgesehen ist.

Bürgermeister Stommel erläutert, dass eine Finanzierung aus der Haushaltsstelle „Repräsentation“ nicht möglich gewesen sei und deshalb hierfür eine eigene Haushaltstelle eingerichtet wurde. Bei den 5.000,00 € handelt es sich um Mittel für Gruppen, damit diese im Rahmen des Festes „60-Jahre NRW“ auf Jülich aufmerksam machen können, wie z.B. das Corps Juliers.

HHSt. 1.0000.63002 - Repräsentationsaufwand - (Seite 6)

Stadtverordneter Anhalt bemerkt, dass der Ansatz bei dieser Haushaltsstelle bis 2009 jährlich von 2.500,00 € auf 6.000,00 € angehoben wird. Dies würde bedeuten, dass jährlich eine Ehrenringverleihung vorgesehen ist. Die Ehrenringe werden jedoch nicht in jedem Jahr sondern im Abstand von zwei bis drei Jahren verliehen.

Bürgermeister Stommel erläutert hierzu, dass dann in dem Jahr, wo eine Ehrenringverleihung vorgesehen wird, der Ansatz erheblich erhöht werden muss. Dies könnte dann im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts und im Hinblick auf die Deckelung der freiwilligen Ausgaben problematisch werden.

Stadtverordneter Anhalt erklärt sich damit einverstanden, dass der Ansatz aus haushaltstechnischen Gründen in der Höhe fortgeführt wird. Er lege aber Wert darauf, dass klar sein müsse dass nicht in jedem Jahr ein Ehrenring verliehen wird.

HHSt. 1.0000.67910 - Leistungsverrechnung Bauhof - (Seite 8)

Stadtverordneter Frey regt an, das Aufstellen der Weihnachtsbäume nicht mehr vom Bauhof vornehmen zu lassen sondern dies in den Zuständigkeitsbereich des jeweiligen Ortsvorstehers zu übertragen.

Beigeordneter Schulz sagt zu, die Angelegenheit in der Bauhofkommission zu beraten.

HHSt. 1.0200.14000 - Mieteinnahmen ehemaliges Kreishaus - (Seite 22)

Stadtverordneter Frey bittet um Auskunft, warum hier die Mieteinnahmen von 6.000,00 € auf 11.300,00 € ansteigen.

Bürgermeister Stommel erklärt, dass die höheren Mieteinnahmen auf die Anmietung von Räumen durch die Stadtentwicklungsgesellschaft zurückzuführen sind.

HHSt. 1.0200.60020 - Fenstererneuerung und sonstige bauliche Maßnahmen Altes Rathaus - (Seite 24)

Stadtverordneter Anhalt bemerkt, dass für die Maßnahme als Landeszuschuss in 2005 ein Betrag von 75.000,00 € veranschlagt war und in 2006 ein Betrag in Höhe von 200.000,00 € vorgesehen ist. Dem stehen Ausgaben in Höhe von 150.000,00 € in 2005 und 400.000,00 € in 2006 gegenüber. Er bittet hier um Auskunft, ob die Maßnahmen mit dem Einbau anderer Fenster und dann ohne die Förderung günstiger hätte dargestellt werden können.

Beigeordneter Schulz erläutert, dass man der Frage, welche Alternative günstiger gewesen wäre im Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss nachgegangen ist. Im Ergebnis habe sich gezeigt, dass sich die Alternative, die Fenster zu restaurieren und die Förderung in Anspruch zu nehmen als die günstigere Alternative herausgestellt hat.

HHSt. 1.0220.56000 - Sachausgaben „Ein-Euro-Jobs“ - (Seite 34)

Stadtverordneter Garding führt aus, dass die Sachausgaben hier von 0 auf 500,00 € steigen und bittet um Auskunft, ob dies auf eine höhere Anzahl der „Ein-Euro-Jobs“ zurückzuführen sei.

Bürgermeister Stommel erklärt, dass die Anzahl sich nicht erhöht habe sonder der Ansatz sich daraus ergibt, dass die Kosten nunmehr richtig zugeteilt worden sind.

HHSt. 1.0000.56210 - Fortbildung für Verwaltungsangehörige - (Seite 34)

Stadtverordneter Frey bittet um Auskunft, warum die Ausgaben bei dieser Haushaltsstelle von 20.000,00 € auf 40.000,00 € ansteigen.

Bürgermeister Stommel erläutert, dass mit der Einführung des TVöD ein Leistungsprinzip eingeführt worden ist. Es müssen Kriterien festgelegt werden, so dass diese allgemeine Zustimmung finden. Hierfür sei ein erhöhter Fortbildungsbedarf gegeben.

HHSt. 1.0230.41000 - Beamtenbezüge - (Seite 36)

Stadtverordneter Anhalt bemerkt, dass die Beamtenbezüge nun um 3.240,00 € vermindert werden. Im letzten Jahr seien die Bezüge um diesen Betrag erhöht worden. Er bittet hier um Erläuterung.

Kämmerer Prömpers sagt zu, der Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung nachzugehen.

HHSt. 1.1100.65100 - Bücher und Zeitschriften, Fachliteratur - (Seite 90)

Stadtverordneter Anhalt führt aus, dass sich die Kosten für Bücher und Zeitschriften erhöhen, obwohl der Ansatz bei den Personalkosten zurückgeht. Dies stehe nach seinem Verständnis in keiner Relation.

Kämmerer Prömpers erläutert, dass sich die Erhöhung bei den Büchern und Zeitschriften durch eine Änderung des Verteilungsschlüssels ergibt. Die Gesamtkosten bei den Haushaltsstellen würden sich insgesamt verringern.

HHSt. 1.1100.57000 - Kosten Reisepässe, Personal- und Kinderausweise - (Seite 94)

Stadtverordneter Anhalt bemerkt, dass sich der Ansatz bei den Gebühren für die Ausstellung von neuen Reisepässen um 35.000,00 € erhöht. Nach seiner Rechnung wären das 11.000 neuen Reisepässe. Dies halte er doch für eher unrealistisch.

Kämmerer Prömpers sagt zu, der Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung nachzugehen.

HHSt. 1.1200.63000 - Materialkosten Öffentlichkeitsarbeit Umweltschutzbeauftragter - (Seite 98)

Stadtverordnete Wagner bittet um Auskunft, warum der Ansatz bei dieser Haushaltstelle von 500,00 € auf 0 reduziert wird.

Beigeordneter Schulz erläutert, dass es in der Verwaltung keinen Umweltschutzbeauftragten gibt und auch das Agendabüro aufgelöst worden ist. Es sei nunmehr niemand da, der die Mittel verausgaben könnte.

HHSt. 1.1300.46000 - Kosten für Führerscheinerweiterungen - (Seite 100)

Stadtverordneter Anhalt regt an, die Führerscheinerweiterungen an eine Verpflichtung zu knüpfen, auch weiterhin für die Feuerwehr tätig zu bleiben.

Kämmerer Prömpers führt aus, dass hierbei geprüft werden müsse, ob dies rechtmäßig ist.

HHSt. 1. 1300.50041 - Sanierung Hoffläche Feuerwehr Jülich - (Seite 102)

Stadtverordnete Wagner bemerkt, dass die Hoffläche erst in 2004 neu gemacht worden sei und bittet um Auskunft, warum dies jetzt wieder geschehen soll.

Beigeordneter Schulz erläutert, dass in 2004 nur ein Teil der Hoffläche saniert werden konnte und nunmehr der Rest gemacht werde.

HHSt. 1.1300.52000 - Funk- und Kommunikationsausrüstung - (Seite 102)

Stadtverordneter Anhalt führt aus, dass bei dieser Haushaltsstelle Mittel für die Anschaffung von digitalen Funkempfängern vorgesehen sei. Nach seinem Kenntnisstand würden die Feuerwehrleute aber lieber mit den bisherigen analogen Geräten arbeiten. Wenn man die Umstellung etwas verzögern könnte, sollte dem gefolgt werden.

Bürgermeister Stommel sagt zu, der Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung nachzugehen.

HHSt. 1.1300.52030 - Wartungsvertrag Softwarepflege - (Seite 102)

Stadtverordneter Anhalt bemerkt, dass die seinerzeit im Zusammenhang mit der Leitstelle in Jülich entstanden sind. Nunmehr erfolgt die Alarmierung über die Leitstelle Stockheim so dass er sich frage, warum der Vertrag hier weitergeführt wird.

Bürgermeister Stommel sagt zu, der Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung nachzugehen.

HHSt. 1.1300.56210 - Veranstaltungen der Jugendfeuerwehr - (Seite 104)

Stadtverordneter Plum schlägt vor, den Ansatz bei dieser Haushaltsstelle um 700,00 € zu erhöhen. Als Deckung könnte die Haushaltsstelle 1.0000.63002 Repräsentationsaufwand herangezogen werden. Die Feuerwehren haben sehr viel Nachwuchs und sind auf diesen angewiesen. Der Ansatz sollte deshalb nach seiner Meinung erhöht werden.

Bürgermeister Stommel erläutert, dass der Ansatz schon um 40 % erhöht wird. Eine weitere Erhöhung würde den Rahmen sprengen.

Stadtverordneter Frey gibt zu bedenken, dass es sich um eine freiwillige Feuerwehr handelt. Wenn es diese nicht gäbe, würde für die Stadt alles teurer. Aus diesem Grunde schlägt er vor, die Jugendfeuerwehr etwas mehr zu unterstützen und den Ansatz auf 1.000,00 € zu erhöhen.

Bürgermeister Stommel führt aus, dass es auch in anderen Bereichen wünschenswert wäre, wenn mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten. Man müsse hier aber die Verhältnismäßigkeit im Auge behalten. Eine Erhöhung, wie die vorgeschlagene Erhöhung um 100 %, könne man gegenüber den anderen Stellen nicht vertreten. Er schlage vor, die jetzige Erhöhung von 40 % beizubehalten und dann den Ansatz jedes Jahr im Rahmen des Haushalts etwas zu erhöhen.

Stadtverordneter Gussen bemerkt, dass in den Erläuterungen stehe: in 2005 außergewöhnlich hoher Bedarf durch Änderung von Dienstvorschriften und Lehrinhalten.

Bürgermeister Stommel sagt zu, der Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung nachzugehen.

#### HHSt. 1.1600.55001 - Betriebskosten Notarzteinsetzfahrzeug Jülich - (Seite 108)

Stadtverordneter Anhalt führt zu den Betriebskosten des Notarzteinsetzfahrzeuges aus, dass er Beschwerden darüber gehört habe, dass das Fahrzeug vom DRK-Gelände an der Oststraße losfährt und nicht vom Krankenhaus.

Bürgermeister Stommel sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

#### HHSt. 1.2000.41600 - Betreuungskosten „Informationstechnologie an Schulen“ - (Seite 116)

Stadtverordnete Esser-Faber bittet um Auskunft, warum der Ansatz bei dieser Haushaltsstelle auf 95.000,00 € herabgesetzt werden soll.

Kämmerer Prömpers erläutert, dass hier 5.000,00 € weniger veranschlagt werden, weil die Schirmerschule an den Zweckverband übergeht.

#### HHSt. 1.2102.54000 - Energie- und Wasserverbrauch sowie sonstige Bewirtschaftungskosten - (Seite 126)

Stadtverordnete Esser-Faber bittet um Auskunft, warum der Ansatz bei dieser Haushaltsstelle um 4.200,00 € angehoben werden soll.

Kämmerer Prömpers erläutert, dass es sich bei der Erhöhung um die Einrechnung der Niederschlagswassergebühr für versiegelte Flächen handelt.

Stadtverordnete Esser-Faber bittet ergänzend um Auskunft, ob diese nicht mit in der dezentralen Ressourcenverantwortung einbezogen ist.

Kämmerer Prömpers führt hierzu aus, dass dies in anderen Städten durchaus der Fall ist, in Jülich jedoch nicht.

Stadtverordneter Sauer regt an, darüber nachzudenken, den Schulen auch diesen Bereich in die dezentrale Ressourcenverantwortung zu übertragen.

Bürgermeister Stommel nimmt den Vorschlag auf und schlägt vor, diesen im zuständigen Fachausschuss zu beraten.

#### HHSt. 1.2102.53000 - Anmietung Pavillon - (Seite 126)

Stadtverordneter Gussen bemerkt, dass die 7.200,00 € für die Anmietung des Pavillons nur für 2006 veranschlagt sei und bittet um Auskunft, ob die Baumaßnahmen bis zum Jahresende abgeschlossen sein sollen.

Kämmerer Prömpers erläutert, dass versucht werde, die Baumaßnahmen im Rahmen eines PPP-Projekts (Public-Private-Partnership-Projekt) durchzuführen. Hier werde derzeit eine Wirtschaftlichkeitsstudie erstellt. Sollten die Baumaßnahmen in Eigenregie durchgeführt werden, müssen Mittel für den Pavillon auch im Jahr 2007 eingesetzt werden.

HHSt. 1.2150.50071 - Austausch von Schlössern nach Schlüsselverlust - (Seite 146)

Stadtverordneter Garding führt aus, dass bei den Erstattungen durch die Versicherungen immer ein Eigenanteil von 500,00 € bei der Stadt verblieben. Er bittet um Auskunft, ob hier die schadenverursachenden Personen herangezogen werden, damit die Stadt schadlos bleibt.

Bürgermeister Stommel sagt zu, der Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung nachzugehen.

HHSt. 1.2300.50070 - Renovierung Turnhalle Kurfürstenstraße - (Seite 158)

Stadtverordneter Gunia bemerkt, dass für die Renovierung der Turnhalle an der Kurfürstenstraße ein Betrag von 15.000,00 € veranschlagt ist. Die Turnhalle werde aber auch noch von anderen genutzt. Er bittet um Auskunft, ob eine Kostenbeteiligung vorgesehen ist.

Beigeordneter Schulz sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

HHSt. 1.3210.65100 - Bücher und Zeitschriften, Fachliteratur - (Seite 174)

Stadtverordneter Frey führt aus, dass der Ansatz bei dieser Haushaltsstelle von 30,00 € auf 0 gekürzt werde. Er bittet um Auskunft, ob für das Archiv die Anschaffung von Literatur nicht mehr vorgesehen ist.

Bürgermeister Stommel sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

HHSt. 1.3529.41400 - Entgelt tariflich Beschäftigte - (Seite 196)

Stadtverordnete Wagner bittet um Auskunft, warum die in 2005 noch veranschlagte Stundenzahlerhöhung einer Mitarbeiterin noch nicht umgesetzt ist.

Bürgermeister Stommel sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

HHSt. 1.3660.71805 - Zuschuss zum Jülicher Kinderzug - (Seite 204)

Stadtverordneter Anhalt bemerkt bei dieser Gelegenheit, dass auf den Festausschuss zugegangen werden sollte, damit dieser die Mitglieder des Kinderzuges dahingehend anhält, leere Kartons nicht mehr von den Wagen zu werfen, da diese nach dem Kinderzug dann aufwendig vom Bauhof eingesammelt werden müssen.

HHSt. 1.4200.16100 - Betreuungspauschale für asylbegehrende Ausländer - (Seite 218)

Stadtverordneter Bleser führt aus, dass bei dieser Haushaltsstelle ein Betrag von 2.500,00 € veranschlagt ist. Dies entspräche einer Anzahl von 18 Asylbewerbern. Er bittet um Auskunft, mit wie vielen Asylbewerbern bei der Stadt Jülich gerechnet wird, da andere Kommunen vielleicht ein oder zwei Asylbewerber nach § 2 AsylBG haben.

Beigeordneter Schulz sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

HHSt. 1.4200.79001 - Rückkehrhilfen für Flüchtlinge - (Seite 218)

Stadtverordneter Bleser bittet um Auskunft, ob vorgesehen ist, Geldmittel für Rückkehrer als Anreiz dafür bereitzustellen, dass sie früher abreisen. Hiermit könnten letztendlich auch wieder Mittel eingespart werden.

Beigeordneter Schulz sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

HHSt. 1.4210.79003 - einmalige Leistungen - (Seite 220)

Stadtverordneter Bleser bittet um Auskunft, warum bei dieser Haushaltsstelle ein Ansatz in Höhe von 9.000,00 € gebildet wird.

Beigeordneter Schulz sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

HHSt. 1.4210.16100 - Betreuungspauschale für asylbegehrende Ausländer - (Seite 220)

HHSt. 1.4210.79004 - Rückkehrhilfen für Bürgerkriegsflüchtlinge (Seite 220)

Stadtverordneter Bleser bittet um Auskunft, warum bei diesen Haushaltsstellen die Ansätze in der vorgesehenen Höhe veranschlagt werden.

Beigeordneter Schulz sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

HHSt. 1.4230.79000 - Aufwandsentschädigung für Arbeitsgelegenheiten - (Seite 224)

Stadtverordneter Bleser bemerkt, dass der Ansatz hier von 10.000,00 € auf 3.000,00 € reduziert werden soll und bittet um Auskunft, warum keine gemeinnützige Arbeit gemacht werden soll.

Beigeordneter Schulz sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

HHSt. 1.4600.17100 - Kreiszuweisung Jugendfreizeitstätten - (Seite 238)

HHSt. 1.4600.71813 - Sachkostenzuschuss Jugendfreizeitstätten (Seite 238)

Stadtverordneter Frey bemerkt, dass bei beiden vorgenannten Haushaltsstellen also in Einnahme und Ausgabe Mittel in Höhe von 1.030,00 € veranschlagt sind. Er bittet um Auskunft für wen die Mittel verwendet werden.

Bürgermeister Stommel sagt zu, der Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung nachzugehen.

HHSt. 1.4640.16200 - Kreiszuwendung zu den Betriebskosten - (Seite 246)

Stadtverordneter Anhalt führt aus, dass das Land eine Reduzierung der Zuschüsse im Kinder- und Jugendhilfereich angekündigt hat. Wenn nun der Kreis weniger Zuschüsse bekommt, wird er diese Reduzierung an die Kommunen weiterreichen. Im Haushalt der Stadt Jülich sind aber bei den Zuweisungen keine Reduzierungen eingeplant.

Kämmerer Prömpers erläutert hierzu, dass keine Orientierungsdaten vorliegen. Im Kreishaushalt sind keine Anzeichen für eine reduzierte Zuschussgewährung an die Kommunen erkennbar.

Stadtverordneter Anhalt bemerkt ergänzend, dass man sich über kurz oder lang aber der Frage stellen werden müsse, da seitens des Landes erhebliche Einsparungen vorgesehen sind.

HHSt. 1.4649.14XXX - Mieteinnahmen Spielgruppe Barmen - (Seite 270)



Stadtverordneter Anhalt führt aus, dass die Spielgruppe Barmen in einem städtischen Gebäude untergebracht ist und bittet um Auskunft, warum hierfür keine Mieteinnahmen im Haushalt vorgesehen sind.

Stadtverordneter Frey erläutert, dass in den Stadtteilen Barmen und Merzenhausen nicht genügend Kindergartenplätze zur Verfügung gestellt werden können. Aus diesem Grunde habe man die Spielgruppe gegründet. Hierbei sei vereinbart worden, dass der Raum von der Spielgruppe kostenlos genutzt werden kann.

HHSt. 1.4700.71803 - Zuschuss an den Verein „Frauen helfen Frauen“ - (Seite 274)

Stadtverordneter Anhalt regt an, ein Gespräch mit dem Verein bezüglich des Jahresberichts zu führen. Zum einen sei das Layout sehr aufwendig gestaltet; zum anderen muss der Jahresbericht nicht jedem Ratsmitglied zugesandt werden. Hier könne man anregen, mit dem städtischen Zuschuss wirtschaftlicher umzugehen.

HHSt. 1.4700.71801 - Kleinere Maßnahmen der Sozialpläne - (Seite 274)

Stadtverordneter Bleser bemerkt zu der Erläuterung zu der Haushaltsstelle, dass nach dieser die Mittel bei der Haushaltsstelle für Zuschüsse zu therapeutischen Maßnahmen sowie für verschiedene Fachtagungen und Arbeitskreise vorgesehen sind. Er bittet um Auskunft weshalb hier für diese Maßnahmen 7,500,00 € zur Verfügung stehen.

Kämmerer Prömpers sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

HHSt. 1.5600.41400 - Entgelt tariflich Beschäftigte - (Seite 282)

HHSt. 1.5600.41500 - Löhne Arbeiter (Seite 282)

Stadtverordneter Frey bittet um Auskunft, warum der Ansatz bei den Löhnen Arbeiter um 20.500,00 € reduziert werden kann, während der Ansatz bei den tariflich Beschäftigten dann nur um 14.660,00 € angesetzt wird.

Bürgermeister Stommel sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

HHSt. 1.5800.51001 - Neuanpflanzung von Bäumen - (Seite 288)

Stadtverordneter Anhalt bemerkt, dass in der Artilleriestraße viele Bäume gefällt worden sind. Er bittet um Auskunft, ob die 500,00 € hier für die Neuanpflanzung ausreicht.

Beigeordneter Schulz erläutert, dass es hier nur um kleinere Neuanpflanzungen gehe. Für größere Maßnahmen würden Ausgleichsleistungen erhoben.

HHSt. 16020.65201 - GEZ-Gebühren TV-Gerät - (Seite 304)

Stadtverordnete Wagner bittet um Auskunft, um welches TV-Gerät es sich hier handelt für das GEZ-Gebühren gezahlt werden müssen.

Beigeordneter Schulz sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

HHSt. 1.6130.26000 - Zwangs- und Bußgelder - (Seite 312)

Stadtverordneter Garding führt aus, dass es sich bei den Einnahmen um Zwangs- und Bußgelder für schwarz errichtete Bauvorhaben handelt. Hier scheinen ihm die veranschlagten 5.000,00 € etwas wenig.

Kämmereiamtsleiter Kohnen bemerkt, das im Jahr 2005 bei dieser Haushaltsstelle Einnahmen in Höhe von 11.000,00 € erzielt wurden.

Im Haupt- und Finanzausschuss herrscht Einvernehmen darüber, den Ansatz bei dieser Haushaltsstelle um 6.000,00 € auf insgesamt 11.000,00 € zu erhöhen.

HHSt. 1.6800.14000 - Einnahmen aus der Vermietung von Werbeflächen - (Seite 330)

Stadtverordneter Neuenhoff bemerkt, dass er nicht nachvollziehen könne, warum im Parkhaus Zitadelle nur noch ein Werbeträger Werbung macht; im Müller-Parkhaus seien dies viel mehr.

Bürgermeister Stommel sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

HHSt. 1.6800.41400 - Entgelt tariflich Beschäftigte - (Seite 330)

HHSt. 1.6800.41500 - Löhne Arbeiter (Seite 330)

Stadtverordneter Anhalt bemerkt, dass der Ansatz bei der Haushaltsstelle Löhne Arbeiter um 22.900,00 € reduziert, der Ansatz für die tariflich Beschäftigten dann aber um 36.870,00 € erhöht wird. Er bittet hier um Auskunft, wie sich die Differenz begründet.

Bürgermeister Stommel sagt zu, zu der Angelegenheit eine Mitteilung bezüglich der personellen Situation der Tiefgarage zu geben.

HHSt. 1.6800.XXXXX - Niederschlagswassergebühr Tiefgarage - (Seite 330)

Stadtverordneter Köhne bittet um Auskunft, wo die Niederschlagswassergebühr für die Tiefgarage veranschlagt ist.

Kämmereiamtsleiter Kohnen sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

HHSt. 1.7000.62000 - Kosten der Erneuerung von Einleitungserlaubnissen - (Seite 346)

Stadtverordneter Anhalt führt aus, dass es sich hier um immer wiederkehrende Arbeiten handelt und bittet um Auskunft, warum diese nicht in der Verwaltung gemacht werden können.

Beigeordneter Schulz erläutert, dass die Arbeiten in der Verwaltung nicht gemacht werden können.

HHSt. 1.7200.57500 - Deponiegebühren Restmüll und Sperrmüll - (Seite 358)

Stadtverordneter Anhalt bittet um Auskunft, warum hier Deponiegebühren veranschlagt sind, da die Deponie in Düren-Horm nicht mehr beliefert werden darf.

Kämmereiamtsleiter Kohnen erläutert, dass die Bezeichnung der Haushaltstelle nicht mehr aktuell ist und noch geändert werden müsse.

HHSt. 1.7500 - Kosten der Entsorgung von Grabsteinen - (Seite 366)

Stadtverordneter Anhalt führt aus, dass für die Entsorgung der Grabsteine des Friedhofes an der Linnicher Straße Mittel bereitgestellt werden müssen. Hier scheinen ihm die veranschlagten 1.000,00 € zu wenig.

Kämmereiamtsleiter Kohnen erklärt hierzu, dass eine Erhöhung der Kosten der Entsorgung von Grabsteinen dann bei den Ehrenfriedhöfen erfolgen müsse.

HHSt. 1.8170.21000 - Gewinnablieferung der Stadtwerke - (Seite 412)

Stadtverordneter Anhalt bemerkt, dass das Kiosk im Freibad bisher vom Förderverein betrieben worden ist. Nunmehr wollen die Stadtwerke den Kiosk selber betreiben. Hierdurch

fallen die Einnahmen des Fördervereins weg. Der Förderverein hat eine Zusage gegenüber der Stadt abgegeben, dass die Leistungen im gleiche Umfang wie in der Vergangenheit erbracht werden; dies gehe jedoch nicht, wenn dem Verein keine Einnahmen zufließen.

HHSt. 1.8400.14001 - Einnahmen aus der Verpachtung von Restaurant und Schänke - (Seite 416)

HHSt 1.8400. 14003 - Mieteinnahme Wohnung Stadthalle

Stadtverordneter Anhalt bittet um Auskunft, ob die Einnahmen aus der Verpachtung bzw. der Vermietung kostendeckend sind.

Bürgermeister Stommel sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

Die Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 wird an dieser Stelle abgebrochen.

Gegen die seitens der Verwaltung bis zu diesem Punkt in der Änderungsliste vorgeschlagenen Änderungen werden keine Bedenken erhoben.

Im Haupt- und Finanzausschuss herrscht Einvernehmen darüber, die Beratung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 23.03.2006 fortzuführen und in dieser Sitzung dann auch den nichtöffentlichen Teil zu beraten.

Mit einem Wort des Dankes schließt Bürgermeister Stommel gegen 18:00 Uhr die Sitzung.